

DAS MAGAZIN

Geld und Glück für alle

Kreditkrise, Hungerkrise, Sinnkrise: Vielleicht war der Kapitalismus doch keine so gute Idee. Wie wäre es, wenn einfach jeder Bürger 3000 Franken Grundeinkommen bekäme? Man kann ja mal drüber nachdenken.

09.05.2008 von Philipp Loepfe

Der Kommunismus ist tot. Aber auch der Kapitalismus beginnt langsam streng zu riechen. «Man muss kein Marxist sein, um zu sehen, dass es um die kapitalistische Verheissung derzeit nicht gut bestellt ist», stellte Thomas Assheuer kürzlich in der Hamburger «Zeit» fest. In der Tat: Selbst über jeden linken Verdacht erhabene Vordenker beginnen, Zweifel am System der freien Marktwirtschaft zu äussern. Einer davon ist Martin Wolf, Chefökonom der «Financial Times» und einer der einflussreichsten Journalisten der Gegenwart. «Wird es möglich sein, in den reichen Ländern den politischen Konsens für eine liberalisierte und global integrierte Wirtschaft zu erhalten?», fragt er sich besorgt. «Wie können wir unsere Mitbürger davon überzeugen, dass der Aufstieg der Entwicklungsländer, die Erfolgsgeschichte unserer Ära, zu begrüßen ist und nicht abgelehnt oder gar bekämpft werden darf, wenn diese Mitbürger erleben, wie unser Finanzsystem auseinanderkracht, die Preise der Häuser fallen und die Preise der Grundnahrungsmittel explodieren?»

Klimaerwärmung, Finanzkrise und jetzt die Hungerproteste radikalieren selbst das liberale Bildungsbürgertum. Mit ungewohnt klassenkämpferischen Tönen wird das moralische und professionelle Versagen einer Elite von überbezahlten Managern und inkompetenten Bankern rund um den Globus an den Pranger gestellt. Auch in der Schweiz: «Der Produktionsfaktor Kapital wurde wichtiger als der Produktionsfaktor Arbeit», klagt Roger de Weck in der «SonntagsZeitung». «Seither darf man auch hierzulande Arbeitnehmer unsanft entsorgen.»

Wachstum macht nicht glücklich

Gleich doppelt wird der Kapitalismus in die Zange genommen. Zum einen kommen immer mehr Kritiker zur Überzeugung, dass sich unser Planet den freien Markt schlicht nicht mehr leisten kann. Sie befürchten den ökologischen, ökonomischen und politischen Kollaps. «Die Zeichen sind eindeutig: Wir müssen unsere Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik neu gestalten, oder wir werden diesen Planeten zerstören. Es geht um eine bessere Zukunft für alle Menschen, und wir haben nur diesen Versuch», warnt in grossem Ton Edward Wilson im Vorwort des neuen Buches von Jeffrey Sachs «Wohlstand für viele».

Der zweite Vorwurf an den Kapitalismus lautet: Er vermag bloss Wohlstand, aber kein Glück zu produzieren. «Inzwischen macht nicht einmal mehr das lang ersehnte Wachstum glücklich, wie die freudlose Freude am Aufschwung beweist», schreibt Thomas Assheuer. «Auch wenn die Arbeitslosenzahlen sinken und der allseits verachtete Staat anscheinend wieder Handlungsspielraum bekommt, so ändert dies nichts am kollektiven Unbehagen darüber, dass das Wachstum zum Selbstzweck verkommen ist.»

Kurz: Der Kapitalismus hat mit der Globalisierung ein Imageproblem bekommen, er ist zum «Superkapitalismus» mutiert, wie sich der ehemalige Arbeitsminister und Wirtschaftsprofessor Robert Reich ausdrückt. Dieser Superkapitalismus macht die Menschen krank und die Umwelt kaputt. Er fördert die soziale Ungleichheit, zerstört den Sinn für Gemeinschaft und wird neuerdings selbst zur Gefahr für die Demokratie.

Das breit gefächerte Unbehagen am Superkapitalismus steht in einem umgekehrt proportionalen Verhältnis zu möglichen Alternativen. Einfach ein neues Kapitel im «Kapital» aufschlagen zu wollen, steht nicht zur Diskussion. Wer nach Stalin und Mao noch an Marx oder Lenin glaubt, der ist nicht mehr zu retten. Auch wenn es abgedroschen klingen mag: Die Lösung muss in irgendeiner Form über einen «dritten Weg» führen. Dazu wiederum muss der unselige Gegensatz von Staat und Markt überwunden werden.

Keine Idee der Linken

Eine Idee, die deshalb wieder an Aktualität gewinnt, ist das bedingungslose Grundeinkommen – dem dieser Aufsatz gewidmet ist. Dieses Gesellschaftsmodell will jedem Bürger eine existenzsichernde Rente auszahlen. Es stösst links und rechts auf Ablehnung. Nur ein naiver Gutmensch kann überhaupt auf eine solch verrückte Idee kommen, ist nach wie vor die gängige Reaktion auf diesen Vorschlag. Das hängt nicht nur, aber auch mit Ignoranz zusammen. In der Schweiz gibt es bloss kleine Grundeinkommens-Oasen. Dazu gehören etwa das Basler Kulturzentrum «unternehmen mitte», aber auch eine Reihe von Privatpersonen. Einer von ihnen ist der Privatbankier, NZZ-Verwaltungsrat und Radikalliberale Konrad

Hummler. Er erklärte am 30. Juni 2007 in einem «Magazin»-Interview: «Ich meine, dass wir einmal ernsthaft über das bedingungslose Grundeinkommen reden sollten, was hier viele Leute leider nicht wollen, weil sie fälschlicherweise meinen, das sei eine Idee der Linken. Ursprünglich stammt sie aber von rechts, nämlich von Milton Friedman.» Danke, Herr Hummler: Reden wir also ernsthaft über das Grundeinkommen.

Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens ist nicht vom Himmel gefallen. Es handelt sich vielmehr um eine mögliche Antwort auf die widersprüchliche Entwicklung auf den Arbeitsmärkten in den modernen Industriegesellschaften. Um das zu verstehen, ist ein kleiner Rückblick auf die wirtschaftliche Entwicklung des vergangenen Jahrhunderts nötig:

Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg war für die westlichen Industriestaaten ökonomisch gesehen die beste aller Welten. Der Marshallplan, ein von den Amerikanern lanciertes wirtschaftliches Ankurbelungsprogramm, war ein voller Erfolg. Nicht nur in den USA, auch in Europa und wenig später auch in Japan entwickelte sich rasch ein breiter Mittelstand. Dieser Mittelstand verdiente und konsumierte jedes Jahr mehr und hielt damit die Wirtschaft in Schwung.

In Westeuropa nahm die Arbeitszeit kontinuierlich ab. Gleichzeitig nahm der Wohlstand zu, denn die dynamische Wirtschaftsentwicklung war von einer robusten Steigerung der Produktivität getragen. Dank neuer Technologie und neuer Arbeitstechnik erhöhte sich die Menge an Gütern und Dienstleistungen, die wir pro Stunde produzieren können, seit 1970 im Durchschnitt um sage und schreibe 2,6 Prozent pro Jahr. Das entspricht einer Verdoppelung alle 27 Jahre.

Logisch, dass in diesen «goldenen 30 Jahren», wie die Nachkriegs-Ära gelegentlich auch genannt wird, die Arbeitsmärkte von Mangel geprägt waren. Es herrschte demnach Vollbeschäftigung, Arbeitslosigkeit war kaum ein Thema. Man überlegte sich vielmehr, wie man genügend Arbeiter zuerst aus Italien und Spanien, später aus Portugal, der Türkei und dem Balkan heranschaffen konnte. Die Ölkrise der Siebzigerjahre veränderte jedoch die Situation nachhaltig. Plötzlich erhielt nicht mehr jeder, der arbeiten wollte, automatisch auch einen Job. In Europa begann man von einer «natürlichen» oder einer «Sockelarbeitslosigkeit» zu sprechen.

Arbeitslosigkeit, in der Nachkriegszeit ein Ausnahmezustand, wurde normal. Im Durchschnitt aller OECD-Staaten betrug die Arbeitslosenquote im Jahr 2005 6,5 Prozent, in der Eurozone sogar 8,6 Prozent. Eine Arbeitslosigkeit von unter 3 Prozent wie in der Schweiz ist zur Ausnahme geworden. Obwohl also die Vollbeschäftigung zu einer Illusion geworden ist, wird bis heute daran festgehalten. Das Ziel, immer mehr Menschen ins Erwerbsleben zu integrieren, wird jedoch immer schwieriger zu erreichen, denn nach wie vor nimmt die Produktivität der Wirtschaft zu.

Gleichzeitig hat die Globalisierung für völlig neue Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt gesorgt. Mit dem Eintritt von China, Indien und dem ehemals kommunistischen Osten in die Weltwirtschaft hat sich das Angebot an Arbeitskräften verdoppelt, von 1,5 auf 3 Milliarden Arbeitnehmer. Dieser «Angebotschock» hat dazu geführt, dass auf dem Arbeitsmarkt kein Mangel mehr herrscht, sondern Überfluss. Das wiederum hat die Psychologie am Arbeitsplatz nachhaltig verändert. Die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes ist allgegenwärtig geworden.

Globalisierung ist ökonomisch gesehen die Ausdehnung der Arbeitsteilung rund um die Welt. Die Wirtschaft wird insgesamt produktiver. Eigentlich ist das eine gute Nachricht. Der Berner Ökonom Thomas Straubhaar, Leiter des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts, freut sich darüber. «Es ist doch wunderbar, wenn ich ein Ziel mit einem Zehntel der Arbeitskräfte erreiche, mit einem Zehntel der Energie und mit einem entsprechend geringen Anteil an Leiden und Mühe, die harte Arbeit verursacht», sagt er in einem Interview mit dem Wirtschaftsmagazin «brand eins».

Wer Vollbeschäftigung als Ziel der Wirtschaftspolitik definiert, dem bereitet diese Entwicklung mehr Kummer als Freude. Es stellt sich die bange Frage: Wie können die Menschen wieder sinnvoll am Produktionsprozess teilnehmen? Diese Frage dominiert denn auch die arbeitsmarktpolitische Agenda der modernen Industriestaaten. Bisher ist sie nirgends befriedigend beantwortet worden. Im Gegenteil, der Schein der Vollbeschäftigung kann nur dank massiven Eingriffen in den Arbeitsmarkt und rhetorischen Kunstgriffen auf der Ebene der Ideologie aufrechterhalten werden. Die wichtigsten Stichworte all dieser Debatten sind die folgenden:

Die Überalterungsdrohung: Um das Thema «Überalterung» ist eine sozialwissenschaftliche Industrie entstanden. Im Westen herrscht wegen der sinkenden Geburtenraten eine weit verbreitete Angst, dass der Generationenvertrag zwischen Alt und Jung aufgekündigt wird, weil die Last für die Jungen zu gross werden wird. Ebenso weit verbreitet ist die Hoffnung, dass die Arbeitsmärkte austrocknen und die Vollbeschäftigung zurückkehren werden. Beides wird nicht eintreten. Einwanderung und Wachstum der Produktivität kompensieren den Rückgang der Geburten locker.

Workfare: eine Verknüpfung von Work (Arbeit) und Welfare (Sozialhilfe). Mit Workfare ist gemeint, dass die Gewährung von Sozialhilfe an die Bedingung geknüpft ist, dass sich der Empfänger ernsthaft um Ar-

beit bemühen soll und dabei vom Staat aktiv unterstützt wird. Workfare ist eine gute Idee in Zeiten, in denen auf dem Arbeitsmarkt Mangel herrscht, es ist aber eine schlechte Idee bei einem Angebotschock.

Staatliche Lohnzuschüsse: Die gängigen Arten sind der Kombilohn und die negative Einkommenssteuer. Beide Massnahmen laufen auf dasselbe hinaus, sie subventionieren Arbeitnehmer dann, wenn selbst ein Vollzeitjob so schlecht bezahlt wird, dass er die existenzsichernden Lebenskosten nicht deckt. Staatliche Lohnzuschüsse gehen davon aus, dass es immer genügend Arbeit gibt, dass es jedoch wegen des internationalen Standortwettbewerbes in einzelnen Ländern immer wieder an bezahlbarer Arbeit mangelt.

Dienstbotengesellschaft: Das ist die Idee, Vollbeschäftigung zu sichern, indem man unbezahlte in bezahlte Arbeit verwandelt. Mütter erhalten so beispielsweise einen Lohn, wenn sie ihre Kinder zu Hause aufziehen. Die Dienstbotengesellschaft hat schlechte Zukunftsaussichten. Immer rüstigere Senioren werden sich vermehrt mit Freude und gratis um ihre Enkel kümmern, Junioren in Sportklubs trainieren und dafür sorgen, dass bezahlte Arbeit in unbezahlte verwandelt wird.

Ob Workfare oder staatliche Lohnzuschüsse, ob Hoffnung auf Überalterung oder Dienstbotengesellschaft: Die Vollbeschäftigung geht seit Jahrzehnten an Krücken. So sind ausgerechnet in einer Zeit, in der die Wirtschaft dereguliert und privatisiert wird, in den modernen Industriestaaten gigantische Sozialbürokratien entstanden. Diese verursachen politisch schädliche Nebenwirkungen. Inzwischen hat sich dank diesen Bürokratien ein Paradies für Sozialabzocker etabliert, welche die Schwachstellen in dem immer komplexer werdenden System geschickt ausnützen und so den Sozialstaat in Verruf bringen.

Jetzt wird verständlich, weshalb sich Konrad Hummler auf den neoliberalen Übervater Milton Friedman beruft und weshalb der ebenfalls stramm liberal denkende Thomas Straubhaar ein bekennender Fan des bedingungslosen Grundeinkommens ist: Sie sehen darin eine vielversprechende Möglichkeit, den staatlichen Bürokratie-Moloch zur Strecke zu bringen. «Deshalb sehe ich keine andere Möglichkeit als eine Ursachentherapie, einen Systemwechsel, in dem die marktwirtschaftlichen Prinzipien realisiert werden und ein Grundeinkommen als soziale Komponente eingeführt würde», stellt Thomas Straubhaar denn auch klar. «Wir müssen unterscheiden zwischen dem Arbeitsmarkt, auf dem sich der Lohn entsprechend dem Spiel von Angebot und Nachfrage bildet, und der Sozialpolitik, die sich dazu bekennt, dass alle in die Lage versetzt werden sollen, ein Leben in Würde zu führen. Ein Grundeinkommen würde jedem Erwachsenen, jedem Kind zustehen, aber damit würden andere Zahlungen wie Arbeitslosengeld, Kindergeld, Wohngeld und so weiter entfallen. Letztlich sollten nicht unbedingt mehr Ausgaben entstehen, zumal der hohe bürokratische Überprüfungsaufwand entfallen würde.» Unausgesprochen räumt Straubhaar damit ein, dass die Vollbeschäftigung eine Ausnahmeerscheinung der «goldenen 30 Jahre» war, kein Normalzustand. Das Grundeinkommen wird ganz unsentimental das effektivste und billigste Instrument, den sozialen Frieden zu sichern.

Arbeit wird überbewertet

Es gibt jedoch nicht nur diese pragmatische Sicht des Grundeinkommens, es gibt auch den kulturellen Aspekt. Arbeit ist in unserer Gesellschaft weit mehr als nur Broterwerb. Wie Max Weber in seinem epochalen Werk «Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus» aufzeigt, steht sie im Zentrum eines Sinnsystems. Die bürgerliche Kultur ist geprägt von Arbeitszwang und Triebverzicht. Dem Triebverzicht hat die Revolution der Hippies ein Ende bereitet. In den Achtzigern legte der Mittelstand seine puritanische Arbeitsmoral ab wie ein aus der Mode gekommenes Kleid. Hedonismus und Konsumfreudigkeit setzten sich auf breiter Front durch und bestimmen seither den Alltag der modernen Gesellschaft. Geblieben aber ist die Arbeitsmoral, das Bewusstsein, dass Arbeit der Dreh- und Angelpunkt unseres Lebens ist. Wer seine Arbeit verliert, muss sich daher nicht nur um seine materielle Existenz sorgen, er verliert vor allem vor sich selbst auch seine Existenzberechtigung. Arbeitslosigkeit kann deshalb eine lähmende Wirkung entfalten. So sagt Theo Wehner, Professor für Arbeitspsychologie an der ETH Zürich: «Ich kenne Betroffene, die es nach dem Verlust der Arbeit nicht einmal mehr schafften, in ihrem Verein wie vorher die Jugendmannschaft zu trainieren.»

Nur rund ein Drittel der Bevölkerung einer modernen Industriegesellschaft ist erwerbstätig. Arbeit ist kulturell betrachtet massiv überbewertet. Dieses Missverhältnis hat fatale gesellschaftliche Folgen. Götz Werner, Unternehmer und der wohl prominenteste deutsche Befürworter des Grundeinkommens, formuliert sie in seinem Buch «Einkommen für alle» wie folgt: «Solange wir jedoch den Arbeitsbegriff in unseren Köpfen auf den einer bezahlten, weisungsgebundenen, sozialversicherungspflichtigen Vollzeitarbeit beschränken, werfen wir zwei von drei Bürgern aus unserer volkswirtschaftlichen Gesamtbetrachtung menschlicher Arbeit heraus.»

Der Vollbeschäftigungswahn unterschlägt auch, dass Arbeit nicht immer gleich Arbeit ist. Wir können unterscheiden zwischen «Routinearbeit» und «kultureller» Arbeit. Diese beiden Arten von Arbeit verhalten sich bezüglich des Wachstums der Produktivität unterschiedlich. Das hat weit reichende Konsequenzen:

Musiker können ihre Produktivität nur sehr eingeschränkt steigern. Auch Krankenschwestern und Lehrern ergeht es so, es sei denn, sie tun es auf Kosten der Qualität ihrer Arbeit. Da aber die Nachfrage nach Lehrern und Krankenschwestern mit steigenden Preisen nicht wesentlich sinkt, wird der Anteil dieser Be-

rufskategorien an der Gesamtbeschäftigung immer grösser. Gleichzeitig steigen die Preise von persönlichen Dienstleistungen wie Pflege, Ausbildung und Unterhaltung relativ gesehen stärker als die Preise industriell gefertigter Güter wie Autos oder unpersönlicher Dienstleistungen wie Telefongespräche.

Solange die Gesellschaft auf die Vollbeschäftigung fixiert bleibt, führt dies zu einem grotesken Ergebnis: Ausgerechnet die Arbeit, die eigentlich niemand verrichten will, wird gefördert. Mit Kombilöhnen und negativen Einkommenssteuern werden ja mehrheitlich Routinejobs für Arbeitnehmer mit geringer Ausbildung künstlich am Leben erhalten. Sie werden zwar schlecht bezahlt, gelten aber (gerade deswegen) als «richtige» Arbeit. Erziehung, Pflege, soziales Engagement, Kultur- und Jugendarbeit hingegen werden meist nicht dazugezählt. Einer der entscheidenden Vorteile des bedingungslosen Grundeinkommens ist die Tatsache, dass es diese Verhältnisse umdreht. Es macht die unattraktive Routinearbeit, die Drecksarbeit, teurer. Wer wird schon auf dem Bau schuften, in Kühlhäusern Kuh- und Schweinehälften herum-schleppen oder an der Kasse des Einkaufszentrums sitzen, wenn es sich nicht lohnt?

Damit kommt eine andere Dynamik in den Arbeitsmarkt: Die Drecksarbeit wird nicht mehr mit Lohnzuschüssen subventioniert, sondern wird zum Mangel – und damit gemäss der Logik von Angebot und Nachfrage teurer. Es wird gleichzeitig ein Anreiz geschaffen, diese Arbeit durch Maschinen zu ersetzen. Es würde genügend Wohlstand geschaffen werden, sodass der Zwang entfallen würde, Menschen zu Erwerbsarbeit zu zwingen, nur damit sie beschäftigt sind.

Das Gegenteil geschieht mit der kulturellen Arbeit. Hier sind, wie gesehen, Produktivitätszuwächse kaum möglich. Gibt es ein Grundeinkommen, dann wird jedoch die kulturelle Arbeit im Verhältnis billiger, weil sie nun von Menschen freiwillig und gratis verrichtet werden kann, die von der Routinearbeit befreit sind. Kranke können so besser gepflegt und Kinder besser ausgebildet werden. «Weil menschliche Arbeit endlich wieder erschwinglich würde, könnte die viel beschworene Dienstleistungsgesellschaft endlich kommen», schreibt Götz Werner.

Das bedingungslose Grundeinkommen will die Arbeit nicht abschaffen, wie fälschlicherweise unterstellt wird. Es will uns weder in eine Art Schlaraffenland führen noch uns in Bier trinkende, TV-glitzende Dampfbolde verwandeln. Im Gegenteil: Das Grundeinkommen wertet die Arbeit auf, es will gemäss Werner «den Zwang, einer schlecht bezahlten und zudem unbefriedigenden Arbeit nachzugehen beseitigen und damit den Menschen die Möglichkeit einräumen, bei der Sicherung ihrer existenziellen Grundbedürfnisse einer sinnvollen Arbeit nachzugehen».

Und wer soll das bezahlen?

Wie aber steht es um die Finanzierbarkeit des Grundeinkommens? Können wir uns ein solches System leisten? In der Schweiz liegen die Gesamtkosten für soziale Ausgaben derzeit bei 120 Milliarden Franken pro Jahr. Wenn jeder Schweizer ein Grundeinkommen von 3000 Franken im Monat beziehen würde, dann hätte dies eine Verdoppelung der Sozialausgaben auf rund 250 Milliarden Franken zur Folge. So gesehen, haben alle recht, die den Kopf schütteln und das Grundeinkommen ins Reich der Utopie verlagern. Es ist undenkbar, dass in der Schweiz ein doppelt so teurer Sozialstaat auch nur den Hauch einer politischen Chance hätte.

Die Milchbüchlein-Rechnung mit den 3000 Franken pro Monat ist jedoch Unsinn. Die Diskussion über das bedingungslose Grundeinkommen ist nicht nur eine Sozial-, sondern auch eine Sinndebatte. Es geht also nicht nur darum, wie man das Sozialsystem kostenmässig optimiert. Es geht auch um ein neues Gesellschaftsmodell, in dem die Arbeitskultur und die Realität am Arbeitsplatz wieder übereinstimmen. Heute jedoch klaffen unsere Vorstellungen von Arbeit und die Wirklichkeit immer stärker auseinander. Das macht krank. «Alle Psychopathologien, die wir heute bei der Arbeit kennen – Mobbing, Burnout oder innere Kündigung –, sind Resultate einer gescheiterten Sinnsuche», sagt der ETH-Arbeitspsychologe Wehner. Die Zukunft verspricht wenig Gutes: Stressbedingte Erkrankungen nehmen in allen modernen Industriestaaten zu.

Die Frage der Finanzierbarkeit eines bedingungslosen Grundeinkommens kann erst dann vernünftig diskutiert werden, wenn die Sachlage geklärt und die grössten Missverständnisse aus dem Weg geräumt sind. Selbst dann wird es nicht genügen, einfach eine Monatsrente hochzurechnen und mit den bestehenden Sozialkosten zu vergleichen. Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde eine ganz andere Dynamik in die Wirtschaft bringen. Eine Dynamik, die sich derzeit noch nicht abschätzen lässt.

Deshalb darf die Diskussion über das Grundeinkommen auch nicht mit dem Argument «zu teuer» abgewürgt werden. «Der Kapitalismus ist kein Kartenhaus, das schon beim geringsten Hauch von staatlichen Investitionen in das Sozialsystem zusammenbrechen würde», stellt Jeffrey Sachs klar. «Der Kapitalismus ist robust. Es ist möglich, ein hohes Einkommensniveau, Wachstum und Innovationen mit einem hohen Mass an sozialer Sicherheit zu kombinieren.» Die skandinavischen Staaten machen bereits heute vor, dass dies keine leeren Worte sind, sondern gesellschaftliche Realität. Was wir uns hingegen nicht mehr leisten können, ist eine mit Kombilöhnen und Workfare erzwungene Schein-Vollbeschäftigung. Schliesslich ist der Kapitalismus, wie Götz Werner zu Recht feststellt, keine «beschäftigungstherapeutische Veranstaltung».